

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrüster 5

70. Jahrgang

Berlin, den 12. Oktober 1932

Nummer 82

Der Bundesausschuß des ADGB. gegen Tariflohnunterschreitung

Am 7. Oktober trat der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zu seiner 9. Tagung in Berlin zusammen. Der Bundesvorstand hatte die Tagung einberufen, um mit den Verbandsvorständen die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Notverordnung sowie die gegenwärtige Rechtslage zu besprechen. Er beschäftigte sich zunächst mit den Konsequenzen, die durch die Durchführungsvorordnung des Reichsarbeitsministers vom 3. Oktober d. J. für den Lohnabbau der Arbeiterschaft gegen den Lohnabbau entstehen könnten.

Einmütig wurde die Meinung vertreten, daß durch die Verordnung die verschiedenen Einwände, die von den Gewerkschaften gegen das Bestehen einer Friedenspflicht erhoben werden, nicht entkräftet worden sind, da eine Rechtsgrundlage für die Verordnung des Reichsarbeitsministers nicht gegeben ist. Die Gewerkschaften können sich zudem den ständigen und vollstän digen Protesten ihrer Mitglieder gegen den Lohnabbau nicht verschließen. Die Kämpfe werden nicht durch die Gewerkschaften, sie werden durch das Fittere Unrecht der Not-

verordnung selbst hervorgerufen. Die Verantwortung für diese Arbeitskämpfe trifft daher nicht die Gewerkschaften, sondern die Regierung.

Von zahlreichen Verbandsvertretern wurde des weiteren auf die wirtschaftlich uninnigen und sozialpolitisch unerträglichen Auswirkungen bei der Notverordnung hingewiesen, deren arbeitsmarktpolitische Gefahr durch die neuen handelspolitischen Maßnahmen der Reichsregierung noch unabsehbar gesteigert werden. Das umfangreiche Material, das den Gewerkschaften über eine sinnlose und mißbräuchliche Ausnutzung der neuen Bestimmungen vorliegt, soll der breitesten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In einer öffentlichen Kundgebung der Gewerkschaften am 18. Oktober d. J. sollen dem gesamten deutschen Volk die unheilvollen Folgen aufgezeigt werden, die sich aus der Durchführung des erneuten Lohnabbaues nicht nur für die Lebenshaltung der Arbeiterschaft, sondern auch für jeden Versuch einer wirksamen Arbeitsbeschaffung, insbesondere auch für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Papenregierung, zwangsläufig ergeben müssen.

Aufstieg oder Untergang?

Die bisherigen Maßnahmen der Papenregierung zur Belebung der Wirtschaft haben uns noch nicht einen Schritt weitergeholfen. Daran ändern auch nichts die optimistisch gefärbten Berichte amtlicher und nichtamtlicher Nachrichtenstellen. Die regierungsaffiziente Presse, und das ist heute die Unternehmerpresse, bringt täglich im Zeitdruck stimmungsfreudige Nachrichten über den Erfolg der Anrufelungsaktion. In der zweiten Septemberhälfte sollen rund 13 000 Arbeiter in den Produktionsprozeß wieder eingereicht worden sein. Bei sechs Millionen Arbeitslosen ist das ein Tropfen auf dem heißen Stein. Gleichzeitig aber ist die Zahl der Arbeitslosen nicht unerheblich gestiegen. Das bedeutet doch, daß mehr Arbeiter entlassen wurden als Neueinstellungen vorgenommen worden sind. In dieser Hinsicht ist also der Aktion bisher überhaupt kein Erfolg beschieden gewesen. Dabei sollte doch nach dem Wortlaut der Regierungserklärung, die der Verordnung zur „Belebung der Wirtschaft“ mit auf dem Weg gegeben wurde, die Arbeitslosigkeit zurückgehen. So wurde es doch gesagt. Der einzige Erfolg der Verordnung besteht bis jetzt darin, daß diejenigen Unternehmer, die Neueinstellungen vorgenommen haben, die Einstellungsprämie bekommen und in bedingter Weise das Recht erhalten haben, die Tariflöhne zu senken. Insofern hat die Anrufelungsaktion einen Erfolg für die Unternehmer gehabt, nicht aber für die Arbeiter. Sie können nur die Tatsache feststellen, daß sich ihr Einkommen ganz erheblich verringert hat.

Wir wollen der Regierung keine falschen Absichten unterstellen. Aber festgestellt werden muß, daß die ganze Art der Berichterstattung die Verwertung der Schönfärberei aufkommen läßt. Die amtliche Arbeitslosenstatistik stimmt sehr nachteilig. Nach dieser hatten wir Ende des dritten Vierteljahres 1932 rund 5,5 Millionen Arbeitslose, das Institut für Konjunkturforschung dagegen schätzt die Zahl der Arbeitslosen, einschließlich der sogenannten unsichtbaren Arbeitslosen, auf 7,2 Millionen. Während nach der Statistik der Arbeitsämter die Zahlen der Arbeitslosen im Juli und August gesunken sind, weist das Konjunkturinstitut nach, daß sie in Wirklichkeit gestiegen sind. Das sind Widersprüche, die nicht das Gefühl aufkommen lassen, als sei alles in bester Ordnung. Es ist überflüssig, daran lange Bemerkungen zu knüpfen, aber gesagt werden muß schon, daß sich die Adelsregierung die Sache doch leichter gemacht hat, wie sie in Wirklichkeit ist. Einstellungsprämien für die Unternehmer und Lockerung der Tarifverträge sind, wie von den Gewerkschaften von vornherein betont wurde, die ungeeignetsten Mittel, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Die anderen Maßnahmen der Papenregierung haben den gleichen Erfolg gezeitigt. Die Regierung glaubt, die Arbeitslosigkeit durch privatkapitalistische Initiative beseitigen zu können. Sie bildet sich ein, wenn man die Unternehmer schalten und walten läßt, ihnen weder in der Arbeitszeit noch in der Lohnfrage Schwierigkeiten macht, dann haben sie Lust zum Produzieren und bringen die Wirtschaft wieder hoch. Aber die Unternehmer denken über die Dinge ganz anders. Sie produzieren, wenn sie verdienen, und wenn die Produktion keinen Verdienst mehr abwirft, wird sie stillgelegt. Zunächst versucht man es mit dem Lohnruhr und Steigerung der Antriebsbereiche, gleichzeitig werden Subventionen verlangt, heute kommt noch die Einstellungsprämie und die Unterschreitung der Tariflöhne hinzu. Das alles genügt den Unternehmern aber noch nicht. Die Papenregierung darf nur einen Blick in die Unternehmerpresse werfen, und sie wird finden, daß die Herren Unternehmer unerfährlich sind und heißen. Bei ihnen gehört das Jammern und Klagen, das Fordern und wieder Fordern zum Geschäft. Die „Schwerindustrie“, „Bergwerks-Zeitung“ brachte kürzlich in ihrer Wäberbeilage folgendes Gebicht:

Im Leitartikel d. B. steht nie Das Todesurteil der Schwerindustrie. Welch ein Gelammer soll und was über den deutschen Wohlfahrtsstaat! Wieviel Schmerzdrüsenwülste töne über so hohe Arbeitslöhne!

Das alles bringt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, wie es in der Anfangsstrophe, die wir fortgelassen haben, heißt, zur Ergöhung ihrer Leser in den Wädem. Freilich werden sie sich daran freuen. Und so, wie es hier geschieht, wird es überall gemacht. Immer tüchtig klagen über das schlechte Geschäft und noch mehr jammern über den „Wohlfahrtsstaat“ und vor allem über die „hohen Löhne“.

Die DD-Bank trifft in ihrem Septemberbericht zweifellos den Nagel auf den Kopf, wenn sie die Meinung vertritt, daß die Überwindung der Arbeitslosigkeit nie eine Frage des deutschen Binnenmarktes sein kann. Das sagen auch die Gewerkschaften. Die Regierung bespreizt Frewege, wenn sie glaubt, den ausländischen Markt entbehren zu können. Rund 10 Millionen Deutsche leben von der Ausfuhr, und wenn jetzt die Regierung dazu übergeht, durch Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen den deutschen Absatz nach dem Ausland zu erschweren, da die Gegenmaßnahmen ja nicht ausbleiben, so bedeutet das, daß von diesen 10 Millionen viele ihr Einkommen verlieren. Die Arbeiter verlieren ihre Arbeit und ihren Verdienst. Deutschland hatte 1929 eine Ausfuhr im Werte von 14,5 Milliarden Mark, jetzt, im Jahr 1932, wird sich der Wert auf etwa 6,5 Milliarden Mark stellen. Der Auslands-

absatz ist um mehr als die Hälfte gesunken. Die Kontingentierung von Agrarprodukten wird sich auf die Industrieausfuhr verhängnisvoll auswirken. Die Folge davon wird sein eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit.

So bringen die Maßnahmen der Papenregierung keine Entlastung des Arbeitsmarktes, sondern nur Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Damit ist verbunden die wachsende Verelendung des Proletariats. Dagegen wenden wir uns. Wir wollen nicht den Untergang, sondern Aufstieg, Aufstieg auch für die Arbeiterschaft, der man jetzt das Letzte nehmen will, was die Staatsumwälzung 1918 gebracht hat. Die Papenregierung bekämpft die Gewerkschaften, weil sie die Vernichtung der Arbeiterexistenz nicht hinnehmen wollen. Das wird aber die Arbeiterschaft veranlassen, nur noch fester als bisher zusammenzutreten. Der Reaktion zum Trotz!

Die Gegner der Sozialisierung

Im Mittelpunkt des Programms der freien Gewerkschaften Deutschlands für den Umbau der Wirtschaft steht die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Es handelt sich um alte Forderungen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die zur Verwirklichung bereits seit langer Zeit reif sind, die aber ihre besondere Aktualität dadurch gewonnen, daß das Verlagen des industriellen Großkapitals in den letzten Jahren jedem sichtbar wurde und daß der Wunsch, mit der Wirtschaft der schwerindustriellen Großkapitals endlich aufzuräumen, auch die breitesten Kreise der Öffentlichkeit bereits durchdrang. Selbstverständlich sieht das Unternehmertum diese Bestrebungen mit starkem Mißbehagen. Für den Augenblick braucht es keine große Angst zu haben, solange es sich auf die Hilfe der gegenwärtigen Regierung stützen kann. Da aber die Regierungen nicht ewig leben, verpönnen die Unternehmer auch die Mittel der Propaganda nicht, um gegen die Sozialisierung anzukämpfen.

Die neueste Propagandaschrift gegen die Sozialisierung, die uns jetzt vorliegt, entstammt der Feder eines schreibgewandten Syndikus in der Schwerindustrie, Dr. Fr. A. Binkernell, der gegen die Forderung der Verstaatlichung des Bergbaues mit einem ganzen Arsenal von Argumenten zu Felde zieht, mit Argumenten, die sich bei näherem Zusehen allerdings zumeist als leere Phrasen entpuppen, so daß eine ernste Auseinandersetzung mit ihnen sehr erschwert wird.

Die allgemeine Einstellung der Schrift, auf reine Stimmungsmache gerichtet, verferlicht den deutschen Kapitalisten in einer Weise, die nur ein mitleidiges Lächeln hervorzurufen kann. Der Großkapitalist sei der Heros der Wirtschaft, der Staat dagegen die Verkörperung einer täppischen, schwerfälligen Bürokratie. Der deutsche Großunternehmer, dem stets nur der Dienst am Staat und der Dienst am Volk am Herzen liege, sei ein freier, selbstbewußter, nur von seinem Erfolg abhängiger Industrieller, und soll es ewig bleiben. Der Unternehmer trage das Risiko für sein Unternehmen, der Staat kann unbekümmert um das Risiko wirtschaften und verschwenden. Die Korruption sei eine Eigentümlichkeit des Staatsbetriebs; — es wird vom einflussreichen Stadtverordneten gesprochen, der seinen Messen unterbringen will oder ein Grundstück von einem andern Stadtverordneten kauft. Der Aufsichtsrat in der Privatwirtschaft sei eine gut funktionierende Einrichtung, dagegen sei „der Aufsichtsrat bei den staatlichen Gesellschaften, gemessen an seinen in der Privatwirtschaft bestehenden Aufgaben, eine Farce“. Zur Unterfütterung dieser Behauptungen werden verschiedene Aussprüche und Erklärungen aus alten Zeiten angeführt, in welchen sowohl die Voraussetzungen der öffentlichen Wirtschaft völlig anders wie heute waren, wie auch der Blick für ein richtiges Urteil über das private Großkapital fehle. Kann man heute mit solchen Behauptungen noch einen Hund von dem Ofen locken? Glaubt heute noch ein ernster Mensch, daß der deutsche Großunternehmer frei ist und das Risiko seines Unternehmens trägt? Jeder weiß, daß er von Zöllen und Kartellen lebt, und wenn er trotzdem keinen Erfolg hat, so muß ihm der Staat mit Subventionen beibringen, so daß er sich vom „Erfolg“ völlig freigegeben hat. Er ist nicht selbstbewußt, sondern eingebildet und machtklüger, das sind recht verschiedene Dinge. Daß trotz der Wirtschaftskrisis der letzten Jahre von der Korruption in der privaten Wirtschaft geschwiegen und diese als eine Eigentümlichkeit der öffentlichen Wirtschaft hingestellt, und daß

der Aufsichtsräten in der Privatwirtschaft im Gegensatz zu den Aufsichtsräten öffentlicher Unternehmen als ein leistungsfähiges und leistungswilliges Organ bezeichnet wird — solche Behauptungen spotten einer jeden Kritik. So wird man uns recht geben, wenn wir sagen, daß es schwer ist, sich mit Schriften solcher Art ernstlich auseinanderzusetzen. Dennoch soll hier auf die wenigen Argumente eingegangen werden, über die eine Diskussion überhaupt möglich ist.

Zunächst versucht die Schrift, die Bergbauunternehmer von dem Vorwurf der Festschließung reinzuwaschen. Zwei Argumente stehen ihr zu Gebote, das eine schlechter wie das andre. Einmal werden die Feststellungen des Konjunkturinstituts herangezogen, denen zufolge in den Jahren 1924 bis 1929 die Anlagen in der Privatwirtschaft 10 471 Mill. M. in der öffentlichen Wirtschaft dagegen 22 309 Mill. M. betragen. Mit diesen Zahlen soll bewiesen werden, daß die Privatwirtschaft, da sie weniger als die öffentliche Hand investierte, keine Festschließungen gemacht habe. Da werden Tatsachen durcheinandergeworfen, die miteinander nicht das geringste zu tun haben. Was hat die Tatsache, daß die öffentliche Wirtschaft auf neue Gebiete vordrang und insbesondere auch den Wohnungsbau finanzierten mußte, damit zu tun, ob die Schwerindustrie Festschließungen machte oder nicht? Nebenbei gesagt, sind jene Feststellungen des Konjunkturinstituts höchst anfechtbar und beruhen auf einer falschen Scheidung zwischen Ersparnissen und Neuanlagen. Ein großer Teil der Festschließungen verbißt sich in den Summen, die in der Statistik des Konjunkturinstituts als „Ersparnisse“ ausgewiesen wurden. Das zweite Argument dagegen, mit dem die Schwerindustrie vom Vorwurf der Festschließungen befreit werden soll, sei die Unmöglichkeit einer richtigen Voraussicht der Konjunkturbewegung. (Konjunkturprognose.) Die Unternehmer haben ihren Produktionsapparat ohne ihre Schuld auf günstigeren Konjunkturen zu geschritten. Auch hier wird nicht zur Frage gesprochen. Der Vorwurf der Festschließungen bezieht sich darauf, daß die Leistungsfähigkeit der Produktionsanlagen selbst für Zeiten einer Hochkonjunktur überdimensioniert ist. Herr Dr. Pinnerneil schweigt völlig von den Quotenkämpfen in den Kartellen der Schwerindustrie, die in erster Linie für die Festschließungen verantwortlich sind. Kein Wort von den Kartellen überhaupt, die betanlich den Markt monopolistisch beherrschen und die Verbraucher ausbeuten. Dafür wird der Verstaatlichung zum Vorwurf gemacht, diese schaffe ein Monopol. Die Schrift appelliert offenbar an schwachsinnige Leser, die noch nie davon hörten, daß die Montanindustrie die Monopolwirtschaft in der privaten Industrie verkörpert!

Das Kernstück der Propagandaschrift gegen die Sozialisierung bildet aber das Jonglieren mit den Begriffen Verstaatlichung und Sozialisierung. Wer noch nicht wußte, der soll jetzt erfahren, daß die beiden Begriffe nicht zusammenhängen. Die Verstaatlichung macht dem Staat zum Inhabers, der ebenfallt wirtschaftet wie der private Betrieb, während die Sozialisierung die aktive Kontrolle der sozialisierten Unternehmen durch die Volksgewalt erfordert. Es wird nun als ein Widerspruch hingestellt, daß die Freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie zunächst nur die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien fordern. Inzwischen schweigt diese die Verstaatlichung nur als der erste Schritt vor, dem, sobald als möglich, die echte Sozialisierung folgen soll, wobei gegenüber dem privaten Besitz an diesen wichtigsten Produktionsmitteln auch schon die Verstaatlichung als ein großer Fortschritt anzusehen ist. Herr Dr. Pinnerneil weiß um diese Absichten, und so hilt er sich auf eine eigentümliche Weise. Er beruft sich auf die gegenwärtig herrschenden politischen Machtverhältnisse, die eine Sozialisierung, die der eigentlichen Zweck der Verstaatlichung ist, sowieso ausschließen. In Wirklichkeit steht es aber so, daß die Unternehmer bei den heutigen Machtverhältnissen auch die Verstaatlichung nicht zu befürchten haben. Unre Propaganda soll gerade ein Mittel sein, durch Aufklärung der breiten Volksmassen die gegenwärtigen Machtverhältnisse zu ändern, damit Verstaatlichung und Sozialisierung überhaupt erst möglich werden.

Sehr besorgt ist nun Herr Dr. Pinnerneil darüber, woher der Staat das Geld für die Sozialisierung des Bergbaues und die Fortführung der Betriebe nehmen würde. Die Bergbauunternehmer müssen der Verfassung gemäß entschädigt werden. Woher die Entschädigungssummen? Der sozialdemokratische Gegenentwurf fordert die Bemessung der Entschädigungen auf Grund der gegenwärtigen niedrigen Börsenkurse. Damit ist Dr. Pinnerneil freilich unzufrieden. Für Entschädigungen aber in der Höhe, wie er es sich erwünscht hielte, hätte der Staat kein Geld. Die Finanzierungsmethode mit Obligationen, wie es der christlich-soziale Gewerkschaftssekretär Imbusch, der zum besonderen Schmerz des Bergbauinstituts ebenfalls Anhänger der Sozialisierung des Bergbaues ist, vor schlägt, gewinnt nicht den Gefallen des Herrn Pinnerneil. Und wie sollen erst die Betriebskapitalien vom Staat aufgebracht werden? Es ist eine eigentümliche Sache mit der Finanzierungsfrage. Der Staat kann, ja muß Milliarden zur Verfügung haben, wenn es sich um die Sanierung bankrotter Unternehmen oder Rantastaken handelt. Da wird nicht danach gefragt, woher der Staat das Geld nehme. Lust für die Übernahme des Bergbaues kann der Staat kein Geld haben! Herrn Dr. Pinnerneil sibt dabei nicht der kleine Widerspruch, daß der Staat, der, wie er sich darüber beschwerte, in der Zeit vor der Krise 22 Milliarden Mark für Anlagen in die öffentliche Wirtschaft aufbringen konnte, jetzt nicht einmal die Summen zur Verstaatlichung des Bergbaues herbeischaffen kann!

Damit ist aber die Weisheit dieser Schrift zu Ende. Die wirklichen Probleme, die die planwirtschaftliche Gestaltung des Kohlenbergbaues durch ihre Vereinheitlichung im Staatsbesitz betreffen, werden überhaupt nicht erörtert. Um dieser Frage aus dem Weg zu gehen und gleichzeitig auch vor nationalsozialistischen Gedankengängen eine Verbeugung zu machen, wird von der Notwendigkeit der Teilung von Großunternehmen in kleinere Einheiten gesprochen, was, wie gesagt wird, in der Montanwirtschaft, die den Großbetrieb erfordert, nur in Einzelfällen geschehen könnte, in der übrigen Wirtschaft dagegen in größerem Maß. Daß er den Bergbau auch von der Kontrolle des Reichsstatens befreite, das Kohlenwirtschaftsgeheß überhaupt beiseite will, braucht kaum noch erwähnt zu werden.

Seinen schwersten Angriff gegen die Sozialisierung führt der Verfasser der Streitschrift wegen des politischen Charakters dieser Forderung. Er silt in diesem Zusammenhang die Erklärungen des christlich-sozialen Imbusch an, in seiner Rede am 10. Januar 1932 in Essen und in seinem Artikel einige Wochen danach, in denen es hieß: „Die Unternehmer haben für alles Geld, nur nicht für Arbeiter. Sie haben Geld genug für die Verarbeitung der Preise und der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, für Zuschüsse für gewisse Mütter und gewisse Parteien, für gelegentliche und ständige Mitarbeiter und für ihre Werkszeiteigenen. Wenn das deutsche Volk sich eine solche Wirtschaft gefallen läßt, dann hat es verdient, ein Sklavenvolk zu sein.“ Die Unternehmerhaft bestehe kein Recht, das in den Betrieben erarbeitete Geld auszugeben, um politische und wirtschaftliche Macht über die Massen des Volkes zu erzielen, auch kein Recht, die Erträgnisse der Betriebe zur Unterfütterung der arbeitserleidenden Politik der Rechtsradikalen herzugeben.“ Statt sich gegen diese schweren Anklagen zur Wehr zu setzen, besänpft Dr. Pinnerneil die Sozialisierung damit, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften diese Forderungen nur aus politischen Gründen stellen. Unre Antwort darauf ist, die, daß wir die Sozialisierung aus wirtschaftlichen Gründen fordern, um an die Stelle der planlosen kapitalistischen Wirtschaft eine planwirtschaftliche Regierung zu setzen. Wenn aber mit diesem Ziel verbunden ist die Brechung der Wirtschaftsmacht der Feudalherren, die diese in politische Macht umfesseln und am größten mißbrauchten, so kann dadurch die Forderung der Sozialisierung nur auf das wirksamste befähigt werden.

Internationale Abwertung der Währungen

Mit Senkung der Löhne und Renten bei gleichzeitiger Steigerung der Preise — mit diesen Mitteln hofft sich der Kapitalismus über Wasser zu halten. Zur Rettung des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems ist das Papenische Wirtschaftsprogramm ausgeföhrt, und vor die gleiche Aufgabe sieht sich im Grunde genommen auch die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz gestellt. Die beteiligten Staaten haben erkannt, daß der Wirtschaftskrise auf nationaler Basis nicht beizukommen ist und daß ein isoliertes Vorgehen in gewissen, den Lebensnerv des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems auf das empfindlichste berührenden Fragen wirkungslos verpuffen muß.

Wie würde sich nun eine Abwertung der Währungen oder eine sogenannte Devaluation auswirken? Zunächst sei bemerkt, daß nach dem Urteil maßgebender Währungs- und Finanzsachverständiger ein isoliertes Vorgehen Deutschlands in dieser Frage ganz unmöglich ist. Die Abwertung der Währung ist, wie die Schuldabwertung, zu einer internationalen Frage geworden, denn die Gold- und Kapitalanlegenheiten der Welt können nicht in Ordnung gebracht werden, wenn es nicht gelingt, durch Befestigung der dem Waren- und Geldverkehr im Wege stehenden Hindernisse ein größeres Volumen für den internationalen Warenhandel und ein größeres Preisniveau zu erreichen. Von dieser Seite aus erhofft das heutige Wirtschaftssystem seine Rettung; das ist das — Palliativmittel zur Sanierung der privatkapitalistischen Wirtschaft. Eine isolierte Abwertung der deutschen Mark ist schon deshalb unmöglich, weil fast alle unre Auslandsgehulden auf Goldwährungen lauten. Würde Deutschland allein eine Devaluation seiner Währung vornehmen, dann würden seine Schuldverpflichtungen dem Ausland gegenüber größtenteils in ihrer krisenverschärfenden Höhe bestehen bleiben. Wollten wir also die Mark beispielsweise isoliert um 30 Proz. abwerten, so würden wir damit den Dollar und alle übrigen Goldwährungen um den gleichen Prozentsatz steigen lassen, und erreicht wäre damit gar nichts. Andererseits würden wir aber bei einer nur auf Deutschland beschränkten Devaluation nicht nur eine 30prozentige Aufwertung unre Auslandsschulden — in Reichsmark umgerechnet — erleben, sondern gleichzeitig eine Erhöhung des Preisniveaus um 10 bis 30 Prozent hin aus, wodurch nicht nur der Binnenmarkt infolge gesunkener Kaufkraft ersiltet, sondern die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig gemacht würde.

Eine Preissteigerung auf allen Gebieten ist natürlich auch die Folge — und schließlich auch der Zweck — einer internationalen Devaluation, aber das Bild würde sich weltwirtschaftlich und finanzpolitisch doch etwas anders gestalten. Der bekannte Bankler und Währungssachverständige Dr. Pfordemenges hat nach dem „Stuttgarter Tagblatt“ (Nr. 326) vor kurzem auf einer Tagung von Fachleuten das Problem einer internationalen Devaluation nach Preisermeldungen in sehr interessanter Weise behandelt.

Wenn die Weltwirtschaftskonferenz beschließen würde, so führte Dr. Pfordemenges u. a. aus, daß alle Notenbanken der Welt, mit Ausnahme natürlich derjenigen, die es bereits getan haben, wie die Bank von England u. a. m., ihren Goldankaufs- und Goldverkaufspreis um 30 Proz. heraufsetzen würden, so wären alle Währungen der Welt plöchlich, in Gold gerechnet, 30 Proz. weniger wert als bisher, und die Weltmarkenpreise müßten also um 30 Proz. steigen. Praktisch würde das so aussehen, daß beispielsweise die Reichsbank ihren Goldankaufs- und Goldverkaufspreis von 2790 M. pro Kilogramm auf 3627 M. pro Kilogramm Gold erhöhen würde. Das heißt also, es müßten 30 Proz. mehr Reichsmark für das selbe Goldquantum erlegt werden. Oder anders herum ausgedrückt: die Reichsmark ist entsprechend weniger wert geworden. Da in Amerika, in Frankreich usw. genau die gleiche Devaluation vorgenommen wird, bleiben bei uns und an allen andern Börsen der Welt die Devisenkurse unverändert, weil die andern Notenbanken ja ebenfalls diese Geldentwertung um 30 Proz. vornehmen. Deutschland ist dann natürlich in bezug auf die Preisgestaltung nicht mehr im Nachteil, denn die Preise steigen ja in der ganzen Welt um 30 Proz., so daß auf einem um 30 Proz. höher liegenden Niveau dieselbe Reaktionsbasis für alle Industrien der Welt besteht. Durch die Senkung der Preise um 30 Proz. soll erreicht werden, daß das Preisniveau, das vorher bestand, unerschütterlich wieder erreicht wird, daß also die ungeheuren Verluste, die die Industrie und der Handel aller Länder infolge der Lagerentwertung erlitten haben, wieder einigermaßen kompensiert werden. Auch die Preisbegrenzung für alle Waren, einschließlich der Immobilien, würde dann natürlich wieder sofort etwa 30 Proz. höher sein, so daß also vermehrte Kredite gewährt werden könnten. Unvermeidlich wäre natürlich, erklärte Dr. Pfordemenges, daß die Löhne und Gehälter der zu erwartenden Preissteigerung um etwa 30 Proz. folgen, und ob dies in unre sozialpolitisch so gespannter Zeit ohne schwere Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Unternehmern abgehen würde, ist fraglich. Auch die Mieten müßten voraussichtlich wieder erhöht werden. Erstens steigt, solange die Goldkauf bei den Hypotheken nicht befestigt werden kann, mit dem ermäßigten Geldwert und erhöhtem Goldwert auch die Reichsmarksumme für Zins- und Tilgungsbeträge wieder an und zweitens stellen sich auch die Instandhaltungskosten natürlich nach einer Devaluation wieder bedeutend höher.

Wie ersichtlich, ist man sich in privatwirtschaftlich orientierten Kreisen besonders über die sozialen Folgen einer Währungsverschlechterung durchaus im klaren und auf die kommende Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit gefaßt. Diese Auseinandersetzung ist zwar nicht ausschließlich abhängig von den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz, aber die Devaluation wird durch die Weltwirtschaftskonferenz herbeigeföhrt, was nicht außer Acht gelassen werden darf. Es ist mit einem langen und harten Kampf zu rechnen! Stuttgart.

Das Genossenschaftswesen

Staatshilfe und Konsumgenossenschaften

Daß die Konsumgenossenschaften Wirtschaftsorganisationen der Selbsthilfe sind, kann auch heute nicht bestritten werden, nachdem die Papenregierung in ihrem Programm zur Wiederbelebung der Wirtschaft einen Finanzkredit von 45 Mill. M. für gewerbliche Kredit- und Konsumgenossenschaften (!), soweit sie das Depositengeschäft (Sparenanlagen) betreiben, vorgehen hat. Denn die Schwächung der Finanzkraft der Konsumgenossenschaften durch die überhöhte Abhebung von Spareinlagen ist ja nicht die Schuld der konsumgenossenschaftlichen Geschäftsführung gewesen, sondern die der privatkapitalistischen Wirtschaftsführung. Hat doch erst der 13. Juli 1931 als schwarzer Tag des Bankenkrahs in Deutschland, herbeigeföhrt durch Anstufens Nordwolle AG, mit einem Kapitalverlust von rund 260 Mill. M. den Sturm auf die Sparkassen der Konsumgenossenschaften ausgelöst, die bis dahin trotz der seit Jahren dauernden Wirtschaftskrise nach allen Seiten intakt geblieben waren. Sie wendeten sich auch dann noch nicht an die Regierung um Kredithilfe, als schon am 4. August 1931 Reichstanzler Brüning in seiner Rundfunkrede bekannt gab, daß die Stüfung der Großbanken mit Hunderten von Millionen Reichsmark, unter denen sich auch die Steuergelder der Konsumvereinsmitglieder befanden, „eine ausgeprohene Mittelstandsmaßnahme sei“, um weit mehr als 1000 Genossenschaften und Genossenschaftsbanken vor dem Zusammenbruch zu schützen.

Diese Tatsache wurde von der germanen Öffentlichkeit als selbstverständlich registriert und auch die Führung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung gab der Auffassung Ausdruck, daß die enorme Kredithilfe zu begründen sei. Nun aber, da die finanziellen Auswirkungen jener Aktionen auch in der Finanzkraft der konsumgenossenschaftlichen Bewegung sich — nach Jahresfrist! — allmählich zu zeigen beginnen und die heutige Regierung für Kredit- und Konsumgenossenschaftlichen Reichsdarlehne zur Herstellung der Liquidität in gegebenem Fall vorsteht, schämt wieder die losende Seele des handbetreibenden Mittelstandes, geführt von Spitzenorganisationen, die selbst am besten wissen, wie durch die Rettung von Tausenden von Mittelstandsbanken und Genossenschaften Hunderttausenden von Einzelbürgern die Existenz erhalten blieb.

Mit Recht wirft deshalb die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, das Fachblatt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die Frage auf: „Sind die vermögenslosen Verbraucher des staatlichen Schutzes weniger würdig als

die nicht unermögenden Mittelstandskreise? Und sie weist mit vollem Recht darauf hin, daß auch die Selbstgenügsamkeit der Konsumgenossenschaften ihre Grenzen haben müsse, nachdem Landwirtschaft, Industrie, Großfinanz und Mittelstand die finanzielle Unterstützung durch den Staat in Milliardenbeträgen beansprucht haben, wovon mindestens 500 Mill. M. als „verlorene Ausgabe“ zu buchen sind. Was wollen demgegenüber die Wirtschaftsprüfung der Regierung für Kredit- und Konsumgenossenschaften vorgeesehenen 45 Mill. M. belangen? Von denen auch wohl noch der größere Teil den Kreditgenossenschaften, also Wirtschaftsorganisationen des Mittelstandes, vorbehalten sein dürfte.

Es zeigt sich in der Haltung der Mittelstandsorganisationen und ihrer Presse die gleiche unterwertige Moral, wie bei dem seinerzeitigen Steuernachschuß durch einen Erlaß des sozialdemokratischen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding, wo es sich darum handelte, daß eine Anzahl Konsumgenossenschaften von der Nachzahlung von Steuern befreit wurden, die lediglich durch belanglose Verkäufe an Nichtmitgliedern infolge einer nachträglichen Entscheidung des Reichsfinanzhofes angefordert wurden. Der gleiche Erlaß kam aber auch den kaufmännischen Gebrauchs-Genossenschaften und andern Mittelstandsgenossenschaften zugute, welche nun darüber spekulierten, daß die Konsumgenossenschaften mit gleichem Maß gemessen wurden.

Diese Beispiele zeigen also, daß die Konsumgenossenschaften ohne Aufgabe des Grundgedankes der Staatshilfe die Staatshilfe nur als zeitweilige Folge anormaler und von ihnen unerschuldeter Wirtschaft- und Finanzverhältnisse beanspruchten und in einem Maß, das lächerlich gering erscheint gegenüber den Reichsmilliarden für Landwirtschaft, Industrie und Handel.

Staatshilfe für landwirtschaftliche Genossenschaften

„Nach unseren Informationen wird die Genossenschaftshilfe in ähnlichen Bahnen bewegen, wie die Banklenkung im Februar dieses Jahres. Der zu bedende Gesamtverlust dürfte, da man von der Genossenschaftshilfe keinen Gebrauch machen wird, mit 200 bis 250 Mill. M. zu beziffern sein.“ So die „Frankfurter Zeitung“.

Den landwirtschaftlichen Genossenschaften kommt also neuerdings wieder eine ganz außerordentliche Reichshilfe zugute, nachdem sie schon einmal vor stark Jahresfrist 70 Mill. M. zur Deckung der Verluste der genossenschaftlichen Raiffeisenkassen erhalten hatten. Man kann sonach mit einer runden und netten Summe von mindestens rund 300 Mill. M. als verlorenem Reichszuschuß für die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften rechnen, ohne die Berücksichtigung der Zinsentlastung von 2 Proz. für landwirtschaftliche Hypotheken mit nahezu 300 Mill. M. „Einsparung“ und der Zinsfreie in Höhe von nahezu einer Milliarde, welche den Großagrarier in der Hauptache zugute kommt.

Vom genossenschaft- und volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß man die außerordentliche Hilfeleistung für die Genossenschaften, die im wesentlichen die Kleinbäuerlichen Besitzer umfassen, begrüßen. Auch vom sozialen Standpunkt aus. Und man könnte sich höchstens fragen, wo das Reich die Mittel hernimmt, um bei seinem unausgeglichenen Haushalt die fordernde Summe von nahezu einer Dittelmilliarde Mark aufzubringen. Natürlich vom Steuerzahler, den die großagrarische Zollpolitik sowieso schon schwer genug belastet.

Aber die Tatsache zeigt zu parallelen und wirtschaftsmoralischen Betrachtungen. Im Papenschen Wirtschaftsprogramm sind für gewerbliche Kredit- und Konsumgenossenschaften 45 Mill. M. Kredithilfe aufgenommen,

**Sechzig Jahre
Verbandsmitglied**



J. E. Schönsfeldt in Hamburg
Eingetreten: 14. Oktober 1872 — Jetzt Invalide

**Fünzig Jahre
Verbandsmitglied**



Joseph Sigg in Landshut
Eingetreten: 12. Oktober 1882
Jetzt Invalide



Johannes Basse in Leipzig
Eingetreten: 14. Oktober 1882
Jetzt Invalide

von welchen den Löwenanteil die Kreditgenossenschaften bekommen werden, die schon zu Brinings Zeiten mit zweimal 20 Mill. = 40 Mill. M. angesetzt worden sind. Die Konsumgenossenschaften mit ihren 3,7 Millionen Mitgliedern, die mit ihren Angehörigen ungefähr die Stärke der ganzen landwirtschaftstreibenden Bevölkerung ausmachen, dürften vielleicht mit 15 Mill. M. Reichskredit abgespeist werden, welche aber keinen verlorenen Betrag darstellen, da der Reichskredit nur an solche Konsumgenossenschaften gegeben wird, deren Wirtschaftlichkeit und damit die Rückzahlbarkeit des Kredits gesichert ist.

Was nun aber die wirtschaftsmoralische Seite dieser Reichskreditfrage und der als Verlust zu buchenden Reichshilfe an die landwirtschaftlichen Genossenschaften anbelangt, so ist es die Haltung der politischen Führung der Kleinbäuerlichen Bevölkerung — Landbund, Bauernbund usw. — welche zu einem direkten Protest herausfordert. Denn diese politische Führung stellt sich bei Steuerfragen, wo es sich um eine Sonderbelastung der Konsumgenossenschaften handelt, dauernd auf die Seite der Konsumvereinsgegner. So in der Frage der 0,5prozentigen Sonderumlagesteuer, die eine ausnahmsweise Befreiung der Konsumgenossenschaften in Höhe von jährlich 9 bis 10 Mill. M. bedeutet und damit einen Gewerbesteuerzuschlag von 160 bis 200 Proz. I aber auch bei dem neu einzuführenden Zinssteuerzuschlag (20 Proz.) zur Gewerbesteuer, welche wiederum in erster Linie die Konsumgenossenschaften trifft, stehen sie auf Seiten der Konsumvereinsgegner. Wie sie auch dafür mitverantwortlich sind, daß die Konsumgenossenschaftliche Zinsholzproduktion mit einer Reichsmonopolabgabe von 60 M. pro Kiste belastet ist, während der kapitalistische Kreugerkonzern nur 22,50 M. zu bezahlen hat!

Es ist wirtschaftspolitische Unmoral, die so handelt und allmählich aufsteigend in konsumgenossenschaftlichen Kreisen wirkt. Was nicht ganz ohne Bedeutung für die Landwirtschaft sein dürfte, da eine Besserung ihrer Wirtschaftsbasis durch den genossenschaftlich zentralisierten Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse weithin auf die großen Konsumgenossenschaften angewiesen ist.

Den Wählermassen der Konsumgenossenschaften aber, die mit 8 bis 10 Millionen einzufachen sind, ist dringend anzuraten, von ihrem Wahlrecht auch einmal zugunsten ihrer eignen Wirtschaftsorganisationen Gebrauch zu machen.

Korrespondenzen

Bonn. Ihre erste und einzige diesjährige Bezirksversammlung fand am 25. September hier statt. Bezirksvorsitzender Valbus konnte eine stattliche Anzahl Kollegen und als Referenten den Gauvorsitzer W. Schöner (Köln) begrüßen, dessen Referat „Wirtschaft, Politik, Gewerkschaften“ den Mittelpunkt der Versammlung bildete. Ausgehend von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen früherer Zeitalter, behandelte er eingehend die uns alle bewegenden Fragen der Gegenwart und insbesondere das Wollen und Wirken unsres Verbandes und seiner Führer. Scharf ins Gericht ging er mit der Arbeiterpartei der Nazis, denen er vorwarf, daß sie allein für die Einschüchterung der Papenregierung verantwortlich zeichneten und daß sie dadurch auch mitschuldige wurden an dem Erlaß der Notverordnungen. Das Diktat vom 5. September, das die Tarifverträge und damit die Gewerkschaften hart trifft, nahm der Referent besonders vor. Er wies auf die erfolglosen Abwehrmaßnahmen untrer Kollegen im „größeren“ Druckstädten hin — und erwähnte die Namen, die, ihrerseits auf dem „Börsen“ zu sein. Der R.P.D. widmete er in seinen Schlussworten einige Worte, nachdem ein Diskussionsredner „seinen“ Weg als den einzig richtigen zu empfehlen verfuhrte. Folgende Resolution wurde am Schluß der Aussprache gefaßt: „Gegen die von der Papenregierung erlassene Notverordnung vom 5. September, die als eine offene Kampferklärung an die arbeitende Klasse angesehen werden muß, wird aufs schärfste protestiert. Als ungeheuerlich wird der Einbruch in das Tarifrecht angesehen. Die Versammlung wendet sich einstimmig gegen diese einschneidenden Maßnahmen, die ihre in jahrzehntelangen Kämpfen erworbenen Rechte vernichten. Sie ruft zu geschlossenem Widerstand gegen diese Diktatur der oberen Schicht auf und fordert von ihren Führern, ihr mit den schärfsten Waffen der arbeitenden Klasse entgegenzutreten, um die Reaktion und ihre Steigbügelhalter, die Nationalsozialisten, zurückzuschlagen.“ Zu dem Antrag Düsseldorf's

Arbeitsethik und privatkapitalistische Gesellschaft

Arbeitsethik im besten Sinne bedeutet: Arbeitsleistung verrichten zum Dienst an der Gemeinschaft unter Überwindung des Standpunktes des ausschließlichen Selbstzweck. Gewiß kann Privatarbeit auch in edlem Wettbewerb und sittlicher Selbstzucht von großangelegten Persönlichkeiten der Menschengemeinschaft zum Wohl getan werden. Die Gesellschaft entbehrt der Beispiele nicht, wo in selbstloser Hingabe an das Werk wirklicher Gemeinschaftsdienst verrichtet wurde. Aber im allgemeinen ist im privatwirtschaftlichen Konkurrenzgebaren Rohheit, gemeine Geldsucht, äußerste Ausnutzung und schlechte Entlohnung von Arbeitskräften gang und gebe. So steht auch der Konkurrenzkampf im Verhältnis zu einer gebunden Arbeitsethik auf einer sehr niederen Stufe. Hier fragt man nicht nach Allgemeinheit, vornehmer Arbeitsethaltung und Arbeitserschöpfung, sondern nur nach Eigennutz. Wie könnte eine Nothzeit wie jetzt in solch verzweifeltstem Maß über ein Volk hereinbrechen, wenn von jeder edle Arbeitsethik statt neidischer Konkurrenzkampf gepflegt worden wäre. Die Entfaltung von übermäßigem Wohlleben, Prunk, Diebstahl und Ehrgeizsucht der oberen Volksschichten muß einen sozialen Sturm der verkommenen und verzehrenden unteren Volksschichten hervorgerufen. Sagen wir ruhig, es ist der Reiz, der die Notleidenden aufsticht und zu Haß und Kampf herausfordert. Wie können sie besser sein als ihre schlechtqualifizierte Oberschicht, die nur hier und da mit scheinheiligen Almosen aus Straßensammelbüchsen übertriebene Not stopfen will? Gewiß schreit die Not nach Opfer. Aber daß Opfer nur einseitig auf die Schultern der Lohnarbeitenden Klasse gelegt werden, während auf der andern Seite der Luftkauf ununterbrochen

weitergeht, das muß aufwischen. Volksnot wird gern getragen, wenn sie ohne Unterschied in Gemeinschaft und „Kameradschaft“ getragen wird. Almosen geben und Almosen nehmen ist arbeitsethisch die größte Schande für die Intelligenz unsrer Zeit. Sechs Millionen Arbeitslose ist eine Schande für das ganze Volk. Wohltätigkeitsveranstaltungen, Sammelbüchsenlauf, Missionen, Bettel, Korrespondenzen und sonstiger öffentlicher Bettel ist ehrlose Schmach gegenüber rationaler Arbeits- und Güterverteilung. Das Primat auf „Privateigentum“ läßt ordentliches Gemeinschaftsleben nicht zu. Ethisch genommen sind die kapitalistischen Konkurrenzhöchstleistungen Wirkungen von eitlem Sucht und Gier. Es ist nur eine spekulative Ausrede, mit der man in kapitalistisch gesinnten Kreisen so gern operiert, daß erst im freien Konkurrenzkampf die besten Kräfte zu hohen Arbeitsleistungen geweckt werden können. Wenn die Überbietung an Arbeitsleistung und Unterbietung an Preisgestaltung nur durch Lohnjagd und wie faßlichverständner Nationalisierung durch äußerste Ausnutzung und Einsparung menschlicher Arbeitskraft auf Volkskosten erfolgt, so hat eine solche private Gewinnerzielung mit Lösung sittlicher Kräfte nichts mehr zu tun. Im Hinblick darauf sind die hochgedeckten Ziele von „Wolk“ und „Waterland“ nur inhaltslose Attrappen. Denn die Kräfte, die der Konkurrenzkampf gelöst hat, sind sittlich entwertet durch gemeinschaftslosen Eigennutz und Gewinnlust.

Wie steht es aber mit einer gebunden Arbeitsethik, die wirksam gemacht wird durch vernünftige Erziehung von Kindheit an, Dienstbarmachung moderner Wissenschaft für Jugend- und Erwachsenenenergiehung sowie moralische Einstellung auf menschenwürdige Lebensgestaltung aller Volksglieder ohne Rangunterchied?

Arbeit, harte Arbeit, geistige sowohl wie körperliche, ist eine sittliche Forderung des nach edlem Menschentum stre-

benden modernen Weltbürgers. Arbeitsleistung ist kein Naturtrieb, sie muß von Jugend auf mit Liebe und Sorgfalt angezogen werden. Sie muß durch modernste Erziehungskunst so angezogen werden, daß Arbeit zur Freude wird, Arbeiten muß erlernt und gelibt werden. Arbeit muß zum persönlichen Erlebnis gestaltet werden und Lebensinhalt geben. Der materielle und ideelle Zweck einer Arbeitsleistung, Inhalt, Wesen und Zielrichtung sind unbedingt für jeden Arbeitenden klarzustellen, so daß auch Teilarbeit zum ganzen harmonisch empowachsen kann. Scheinbar niedere Arbeitsverrichtungen behandle man nicht verächtlich, sondern spende ihnen redlich bemühten Berichter getroßt die auch ihm gebührende Anerkennung. Der höherbepflanzte körperliche oder geistige Arbeiter steht sittlich durchaus nicht höher, denn ohne die niederen Arbeiten können die höheren nicht bestehen. Was nicht der beste Jugenerwerb mit seinen klüben Berechnungen von der Leistungsfähigkeit irgendeiner Kontraktion, wenn er keine Schuttfahrer und geschulte Arbeiter hat, die unter Ausbietung von Gesundheit und Leben seine Pläne in die Wirklichkeit umsetzen? Ohne diese kommt er nicht zu Ruhm und Ehre. Der Bewertungskunst an organisierten und geistiger Arbeit gegenüber der Geringsachtung für körperliche Arbeitsleistungen ist, arbeitsethisch gesehen, ein Unkraut. Auch Mammutbelohnungen haben in diesem Sinn jede Berechtigung verloren. Große Leistungen sind immer ein Verdienst vergangener und gegenwärtiger Allgemeinleistungen oder, besser gesagt, Kulturlieferungen, die ein einzelner ohne die Mithilfe der Gesamtheit nie erzielen könnte. Hat eine Persönlichkeit seinen Mitmenschen etwas voraus, so muß sie es diesen doppelt danken, denn ihr Aufstieg war doch nur eine Folge günstiger Lebensumstände, die ihr der Mitwelt gegenüber einen größeren Festehabitus sicherten. Persönlicher Verdienst ist da gering gegenüber der Vorarbeit

betreffs Abhaltung eines außerordentlichen Gau-tags wurde Stellung genommen. Nach kurzer Aussprache wurde die Unterfertigung des Antrags gegen einige Stimmen abgelehnt, weil Zweckmäßigkeit- und finanzielle Gründe dagegen sprachen. Zwecks Auszahlung einer Weihnachts-spende an bedürftige Kollegen wurden dem Vorstand 1200 M. zur Verfügung gestellt. Da 30 Proz. der Bezirks-mitglieder arbeitslos sind und ein großer Teil von ihnen ausgehungert ist, wird dieser Beschluß sicherlich freudig aufgenommen werden. Zeigt er doch immerhin von großem Solidaritätsbewußtsein der noch in Arbeit stehen- den gegenüber ihren aus dem Produktionsprozeß ausge- schlossenen Kollegen, wofür einzig und allein der Kapitalis- mus verantwortlich zu machen ist, der logischerweise auch dafür zu sorgen hätte, daß seine Opfer ein auskömmliches Dasein fristen könnten. Mit dem Appell zur einigen Geslossenheit und dem von den Anwesenden begeistert aufgenommenen Ruf „Freiheit!“ wurde die ruhig und sachlich verlaufene Versammlung geschlossen.

Freiburg i. Br. (M a s c h i n e n s e h e r.) Die B a z o r t - n e r s a m m l u n g des Bezirks Freiburg der Oberrhein- schen Maschinenerevereine am 17. September nahm Stellung zu der von der Regierung Wapen herausgegebenen Notverordnung, die alle bisher schon der Arbeiterschaft zugemuteten Opfer übertrifft. (Es sei bei dieser Gelegen- heit darauf hingewiesen, daß es in erster Linie den allge- meinen Mitgliedschaftsverhältnissen als Nepräsen- tanten der gesamten Mitglieder überlassen bleiben muß, zu lebenswichtigen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Die Sparten haben andererseits Auf- gaben zu erfüllen. S c h r i f t l i c h u n g.) Einen weiteren aktuellen Beratungspunkt bildeten die im Spätherbst fälligen Nachverhandlungen zur Anlage A II des Mantelstoffs. Die sehr erregt verlaufene Versammlung stellte sich ge- schlossen hinter die aufstrebende Entschlossenheit des Bezirks- vereins München der Bayerischen Maschinenerevereine- ung. Als eigene Willensäußerung gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es u. a. heißt: „Ein- mittig sind die Veramnesteten der Ansicht, daß das von der Wapenregierung einseitig ausgewungene Opfer eines weiteren Lohnabbaues unmöglich getragen werden kann, während das Unternehmertum durch die hohen Beschäfti- gungssubventionen noch reichlich belohnt wird. Eine Be- lebung der Wirtschaft kann durch solche, nur die Arbeiterschaft belastende Maßnahmen nicht erreicht werden, weil dadurch die Kaufkraft immer mehr sinkt. Die Kollegen er- warten vom Bundesvorstand des DGB, daß er alle ver- fügbarsten Kräfte dahingehend einsetzt, daß das einseitige Diktat gemindert und die ohnehin schon über das erträgliche Maß abgekauften Löhne seine weitere Senkung erfahren. Eine der Belebendsten preisgebeugte Arbeiterschaft kann sich aus der Not geborene Bergeweißungsschritte nicht ver- antwortlich gemacht werden. Ferner erwartet die Ver- sammlung vom Verbandsvorstand wie auch von den Ex- perthen und Gauvorständen bei den im Spätherbst fälligen Verhandlungen über die Sonderbestimmungen sowie über die Anlage A II des Buchdruckerstoffs, unter allen Um- ständen Ablehnung weiterer Verschärfungen, schon im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen.“

Gießen. (H a n d s e h e r.) Unsere B e r a m m l u n g am 10. September hatte einen befriedigenden Verlauf aufzu- weisen. Nach der üblichen Begrüßung, die im, besonders unsern von seiner Auslandsreise zurückgekehrten Kollegen Schöffels und zwei alten inaktiven Kollegen galt, widmete Vorsitzender S c h n e i d e r dem verstorbenen Mitbegründer der Sparte, Kollegen Hanflich, einen ehrenden Nachruf. Die „Notlage der Handseher“ erfuhr eine besondere Behand- lung. Einzelne Ziffern des Jahresberichts der Gesamt- organisation in Vergleich gestellt zu den der Juli-Mitteil- ungen zeigen nur zu deutlich das grauenvolle Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Der Punkt „Ausgänge aus den Jahres- berichten der Sparten“ brachte ein unübersehbares Zer- bild des wirtschaftlichen Bankrotts. Der Bericht über die Vorstandskonferenz in Frankfurt a. M. erfuhr erschöpfende Behandlung. Festgestellt sei hier, daß die Versammlung den Entscheidungen der Handseherevereine Baden- Naheim und Elbing verständnislos gegenübersteht. Das in schwerer Zeit schaffene Wert, nämlich Gründung der Handseherpartei, nicht zu kürzen oder niederzureißen, son- dern zu erhalten und auszubauen sowie den letzten Hand-

seher heranzuholen, müßte Ehrenpflicht eines jeden ziel- bewußten und gewerkschaftlich errogenen Funktionärs und Kollegen sein. Nicht Spartenegoismus, sondern Sparten- geist, der sich nur im Interesse unseres Verbandes auswirken wird, muß einen jeden einzelnen Kollegen unserer Berufs- gruppe befehlen, wenn es wieder vorwärts und aufwärts gehen soll. Der Kassenbericht, in dem sich durch bedeutende Ausfälle an Beiträgen die riesige Arbeitslosigkeit (37 Proz.) widerspiegelt, wurde debattellos entgegengenommen. Die Schwere der Zeit, die wir durchleben, macht es zur ge- bieterischen Notwendigkeit, in sparsamster Weise zu wirt- schaften, wissen wir doch nicht, welchen steinigten Weg wir noch zu gehen haben. Die Maßnahmen der Diktator Wapen- Gays-Schleider, die zur Belebung der Wirtschaft und Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktions- prozeß ergreifen werden sollen, zeigen ja, wie man das Steuer des Staatsschiffes zukünftig zu führen beabsichtigt. Mit dem Wunsch um weiteres kollegiales und gutes Ein- vernehmen fand die erregend und sachlich verlaufene Ver- sammlung ihren Abschluß.

Görlitz. (V i e r t e l j a h r s b e r i c h t.) Am 3. Juli fand eine sehr gut besuchte Bezirksversammlung mit an- schließendem Johannistfest statt. Eingeleitet wurde die- selbe mit Vorträgen des Görlitzer Buchdrucker-Ordnung- leitenden und Leitenden des Bezirksleiters, Kollegen B r a n d t sowie Darbietungen des Gesangsvereins „Gutenberg“. Be- zirksvorsitzender K r o h hieß in seinen Begrüßungsworten besonders den seit kurzem im Aufstehen lebenden früheren Gauvorsteher, Kollegen Fiedler, sowie seinen Nachfolger, Kollegen Feige (Breslau), willkommen, der über „Aktuelle Tagesfragen“ referierte; auch die Bezirks- orten waren stark vertreten. Einem Nachruf für den durch Motorabunfall ums Leben gekommenen Kollegen W t - mann folgte der Bericht des Vorsitzenden über die beruf- liche sowie tarifliche Lage am Ort und Bezirk. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist seit einem Jahr labil geblieben, nur Kurzarbeit hat sich allorts ausgedehnt, ebenso wurden in einem Betrieb die Leistungszulagen gestürzt. Aus den Bezirksorten war besonders nicht zu berichten. Die Aussprache im Anschluß an das Referat des Kollegen Feige war infolge der überzeugenden Ausführungen nur kurz; alle Redner waren jedoch der Meinung, daß es in Zukunft ein weiteres Zurückweichen nicht mehr geben darf. Ein erhebender Augenblick waren die Worte des Vorsitzenden an den Abschied nehmenden Kollegen Fiedler. Diese trangen aus in dem allseitigen Wunsch für einen noch langen, wohlverdienten Lebensabend. In seinen Dantesworten streifte Kollege F i e d l e r den Werdegang des Gaues Schöffels und all die Schwierig- keiten, die zu überwinden waren. Tiefbewegt dankte er noch einmal für alle Unterstützung durch die Kollegen und ermahnte, ihn in gutem Andenken zu behalten. — Der Nachmittag vereinigte in großer Zahl die Kollegen mit ihren Angehörigen zur Feier des Johannistfestes, wo einige Stunden Vergessen der täglichen Mühen gefunden wurde. — Die Augustversammlung fiel aus. — In der Septemberversammlung, die guten Besuch aufwies, wurden einige Aufnahmen vollzogen. Drei Mitglieder mußten wegen Kassen ausgeschlossen werden. Der Vor- sitzende ermahnte, bei dieser Angelegenheit die Mitglieder dringend, ihre Beitragspflichten gegenüber der Organi- sation nicht zu vernachlässigen, da nur so ein erfolgreiches Arbeiten möglich sei. Infolge der fortwährenden Ar- beit in fast allen Betrieben war auch ein aus Mit- gliedkreisen eingegangener Antrag auf Herabsetzung des Beitrags, besonders des vom Ort, verständlich. Kollege S o b e l begründete diesen ausreichen, ohne jedoch Vor- schläge zu machen, woher die einzuparende Summe zu nehmen sei, ohne den Erwerblosen die so schon fälligen Bezüge zu kürzen. Dem Vorstand wurde es schließlich wieder überlassen, den geeignetsten Weg aus diesem Dilemma zu finden; ebenso waren die Gehälter unserer Angestellten Gegenstand der Erörterung. Der Vorsitzende berichtete so- dann über die vor kurzem abgehaltene Sitzung der Betriebsräte der hiesigen Druckereien sowie über die unerfreulichen Ereignisse im Ortsverein Breslau. Der Ortsauschussbericht des Kollegen L a t t beendete die Ver- sammlung in vorgerückter Stunde.

Hamburg. (H a n d s e h e r.) Unsere W a n d e r v e r - s a m m l u n g am 18. September in Pinneberg kann als ein guter Erfolg für die Handseherbewegung gewertet werden. Hoffentlich bleibt ein sicheres Resultat durch Mitgliedererwartung nicht aus. In dem Spaziergang durch das Alvensteingebirge wie auch an der Zusammenkunft in Pinneberg beteiligte sich eine stattliche Zahl von Kol- legen. Aus Harburg war eine Abordnung erschienen. Gegen 3 Uhr nachmittags eröffnete der Vorsitzende mit einer zündenden Ansprache die Zusammenkunft, die sich im zeitgemäßen Rahmen mit der wirtschaftlichen Notzeit, Solidarität, Zusammenhalt und ganz besonders mit der Gemeinamkeit für die Sparte befaßte. Nach Abhängen des gemeinsamen Liebes Briefes, zur Sonne, zur Freiheit!“ war der offizielle Teil erledigt. Nach Bestätigung der schönen Barlanlagen des „Osterholzer Quellentals“ endete der Tag bei Gelang und Tanz. Die auswärtigen Teil- nehmer verließen gegen 8 1/2 Uhr Pinneberg, um in Ham- burg den rechtzeitigen Anschluß in ihre Heimatsorte zu erlangen. Der Bremer Handseherevereinigung für ihre Begrüßungsschreiben herzlichen Dank.

Heilbronn. Nach längerer Sommerpause fand sich unsere Mitgliedschaft wieder zu pratistischer B e r a m m l u n g s - a b e i t zusammen. Vorsitzender O t t o H e i n r i c h sowie mehrere bewährte Mitkämpfer behandelten ausführlich die wie Bleigewichte uns bedrückenden Gegenwartsfragen sowie Vergangenheit und Zukunftsaussichten unseres Ver- bandes. Unter dem Eindruck des Gehörten bestärkte sich in der Versammlung die längst gehegte Überzeugung, daß die schlechte Lebenslage, die geduldige Sinnahme der Not- verordnungen bzw. das alleinige Ausbaden ihrer Lasten ein Ende nehmen müssen. Eingebend der für das Gemein- ist es auf die Dauer unerträglich, aller Lebensnotwendig- keiten sich beraubt zu sehen. Der Selbsthilfe befreiende Tat finde uns einig, finde uns parat!

Heilbronn. Zwischen unserm hiesigen „Gutenberg“ und dem „Gutenberg“ Bruchsal bestehen seit Jahren enge kollegiale und freundschaftliche Beziehungen. Seit die Bruchsaler Kollegen vor sieben Jahren unser 25jähriges Jubiläum durch ihr Kommen verschönern halfen, bestand

bei uns der lebhafteste Wunsch, diesen Besuch einmal zu er- widern. Endlich bot sich Gelegenheit dazu. Ein Herbst- schauer hatte die Nacht über das Barometer herunter- gedrückt, so daß man mit gemäßigten Gefühnen dem Ab- fahrtsziel auf dem Marktplatz aufstrebte. Bald war alles in drei Wagen verpackt. Die schönen Landschaftsbilder des Heuchelberges und seiner Verkäufer begleiteten uns. Hinter Eppingen verließen wir das Zufußgebiet des Neckars und zugleich das Schwabenland und kamen ins badische Land. Das Kraichgau gehört zu den fruchtbarsten des ganzen Landes. Riechige Laub-, Zuderräsen und Hopfenpflanzungen bedecken das leichtwellige wasserreiche Land. Bei Ulmstadt kamen wir in die Rheinebene, die flach wie ein Teppich vor uns ausgebreitet lag. Drüben grüßte die fröhliche Pfalz mit ihrem Wahrzeichen, das Haardt- gebirge, herüber. Punkt 9 Uhr fuhren wir durch das Damianstor in die hübsche Hauptstadt des Gaues, Bruchsal, mit seiner reichen historischen Vergangenheit ein. Zur Begrüßung im „Grünen Hof“ hatte sich die dortige Kollegenchaft eingeladen und ein „Gott grüß die Kunst“ stieg als erstes Lied unserm Altmeyer Gutenbergs zu Ehren. Bald kam edle Buchdruckerstimme auf, die alte Freundschaftsbände wieder neu aufleben ließ. Der „Gutenberg“ Heilbronn, der sich fast vollständig einge- funden hatte, eroberte den Sangesruß. Nach kurzer Pause, gegen 10 Uhr, gingen wir als Kunstbesessene zuerst ins Schloß, die größte Sebenswürdigkeit der Stadt, genannt Damiansburg, die in den letzten Jahren unter Aufwendung von Millionen prachtvoll wieder ins Leben gelebt wurde. Vom Marmoraal aus bietet sich ein herr- licher Blick in den Schloßpark mit seinen anmutigen Statuen, weisheitlichen Bäumen und schönen Rosen- pflanzungen. Die Schloßkirche weist sehr gut erhaltene Fresken auf. Nach Abhängen eines Nudels gingen wir wieder in unser Standquartier, wo uns ein gutes Mittag- essen erwartete. Auch vom berühmten „Bruster Dorst“ wurden überzeugende Beweise geliefert. Nach Einnahme des Essens unternahmen wir einen Rundgang durch Bruchsal, alles beachtend, was die ehemalige Heißbren- Interessanten aufweist gegenüber unserm republikanischen Heilbronn. Durch den sehr gepflegten Stadtpark mit dem reizenden Belvedere auf einer Anhöhe gingen wir nach dem nahen Söthenrestaurant, wo unsre Jugend frohe Musik und Tanz lockte. Von der Terrasse aus genießt man einen herrlichen Rundblick auf Stadt und Land. Die Zeit maßte uns nur zu bald, diese freundliche Stätte zu ver- lassen, um uns mit unsern Gauvätern zum Abschied unten in der Stadt nochmals zu vereinigen. Ehe wir hinabstiegen, wurde noch das St. Paulusstift besichtigt, das einen impor- tanten Eindruck macht. In den bekannten Sündenstationen vorbei, kamen wir hinunter ins Städtchen, wo uns der „Grüne (Wesen) Hof“ winkte, um noch ein paar gemütliche Abschiedsstunden im Bruchsaler Kollegenkreis zu verbringen. Zahlreich waren diese erschienen, und bald entwickelte sich eine langsame Buchdruckerstimme. Ein Kollege im Silberhaar hat es föhlich verstanden, mit seiner Fiedler Stimmung zu machen. Seien wir froh, daß wir solche Kollegen haben, die 50 Jahre dem Verband die Treue gehalten haben, leuchtende Vorbilder, insbesondere für unsre junge Generation. Gegenseitige Ansprachen brachten zum Ausdruck, daß die kurzabot erste Zeit zwar nicht dazu „angeht“, bei „Feste“, aber dennoch seien kollegiale Zusammenkünfte dieser Art wertvoll, weil sie Gelegenheit bieten, dem alten Treuschwur zum Verband Ausdruck zu verleihen und mit neuer seelischer Spannkraft das Bann der Freiheit voranzutragen, einer Welt von Feinden zum Trotz. Ein schöner Herbsttag neigte sich dem Ende zu, die sinkende Sonne brach sich am Wein, so kam die Trennungsstunde, und ein herzliches „Gott grüß die Kunst“ führte uns vom Rhein wieder hinüber in unsre Rätchenstadt am Neckar.

Magdeburg. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 18. Septem- ber fand hier die G e n e r a l v e r s a m m l u n g unserer Gauvereine statt, die mit der Feier des 30jährigen Bestehens der Vereinigung verbunden wurde. Im festlich geschmückten Saal des „Hofenzollernparks“ tonnte Vor- sitzender W i n t e r eine zahlreich erschienene Kollegenchaft begrüßen, außerdem als Vertreter der Stadt Magdeburg Stadtrat N i t s c h, von der Zentralkommission die Kollegen Körber und Heine, unsern Gauvorsteher König (Halle), die Vorsitzenden der Ortsvereine Halle und Magdeburg, als Vertreter des Ortsauschusses des DGB, den kol- legialen Stammern sowie Vertreter der andern Sparten. Nach Erörung der Taten des Jahres überbrachte Herr Stadtrat N i t s c h die Grüße der Stadt Magdeburg. Kol- lege K ö n i g sprach im Namen des Gaues und fand ehrende Worte für den Kollegen W i n t e r, der 30 Jahre lang in ehrenamtlicher Tätigkeit die Führung der Maschinenere- sparte im Gau Unr der Saale inne hatte. In gleicher Weise betonte Kollege K ö n i g die Verdienste W i n t e r s und sprach ihm den Dank der Zentralkommission für seine Treue aus. Nachdem noch die Vertreter der andern Sparten begrüßende Worte gesprochen hatten, fand die Erörung von acht Kollegen statt, die 25 Jahre der Vereinigung ange- hören. Es sind dies die Kollegen Hartmann und N i t s c h - b e r g (Magdeburg); Schmidt (Wittenberg); Barthelmes und Böllmer (Nordhausen); Remane (Dessau); Schöning- böbel (Stahlfurg); Tänger (Gieseben). Mit freundlichen Worten übergab Vorsitzender W i n t e r jedem eine sil- berne Nadel. Im Namen der Merzenthafer Gesmachinen- fabrik überbrachte Herr S c h r ö d e r (Berlin) herzliche Glückwünsche und überreichte jedem Jubilä einen von der Merzenthafer gestifteten Abzeichen. Im Namen der Jubiläre dankte Kollege K ö n i g d e r g für die Erörung und ermahnte alle, der Sparte immer die Treue zu bewahren. Bei den geschäftlichen Mitteilungen wurde eine Entschlossenheit des W i n t e r b e r g s Maschinenere- vereins bekanntgegeben, die sich mit sanitären Erforder- nissen befaßt und von der Versammlung angenommen wurde. Der gedruckt vorliegende Jahres- und Kassenbericht wurde dann einer kurzen Besprechung unterzogen. Zwei Anträge (sahen darauf zur Verhandlung. Ein Antrag des Vorstandes wünschte den Abschluß des Geschäftsjahres mit Abschluß des Kassenberichts, während ein Antrag Halle die Herabsetzung der Beiträge zur Zentralkommission forderte. Die anwesenden Vertreter der Zentralkommission konnten zu diesem Antrag gleich selber Stellung nehmen; nach eingehender Begründung hatten sie um Ablehnung. Daraufhin wurde der Antrag Ballen abgelehnt, der Antrag

und Mitarbeit der Gemeinschaft. Ohne sie ist der einzelne nichts. Kommen wir nun auf Wettbewerb und Privat- gewinn in bezug auf intensive Arbeitsleistungen zu sprechen, so ist das durchaus unnatürlich und menschlich unedel, wenn wir den habgierigen Erwerbstrieb für solche Arbeitsleistungen so hoch in Rechnung gestellt sehen. Lebensrecht und Lebensfreude gebührt jedem Menschen. Der Einzelnebensstandard für besondere Leistungen darf wohl in gewisse Stufen gestiebert sein, so daß auch ein e d l e r Wettbewerb der „Geister“ und „Körper“ etwas materiellen Ansporn finden kann. Jedes Uebermaß jedoch ist ungerecht und verkehrt. Sehen wir hin auf die Lohn- arbeiterschaft, mit welcher geistigen und materiellen Opfern sie tagaus und tagen zu intensiven Arbeitsleistungen fähig ist! Bei ihr bedarf es inneren Spürungs und Auf- lassens, um nicht an der Würde des Lebens zu ver- weiseln. Da werden sittliche Kräfte gelöst und heroische Arbeitsleistungen vollbracht. Was muß hier erst eine gesunde Kräfte- und Güterverteilung auf das ganze Volk für eine sittliche Macht ausüben, wenn jedem für sein Menschenrecht das Seine wird? Dann scheint Sonne in die Betriebswerkstätten und Freud und Leid finden ein gemeinsames Tragen.

Was dem Volk vielmehr not tut, ist eine unterschieds- losse Erziehung zur Arbeitsethik mit dem Ziel: „Lebe zur Arbeit um des Volkes und der Gemeinschaft willen in jedem Menschen von Kind an zu wachen.“ An der wahren Erziehung und an der ersten Hilfe zu seinen Mitbüdern hat der kapitalistische „Kaubtormensch“ ver- sacht. Dafür aber sind wir Menschen, daß wir auf sittlichem Weg die Raubtiernatur in uns besiegen und „leben und leben lassen“.

M ü n c h e n .

2.

des Vorstandes betreffs Änderung des Geschäftsjahres dagegen angenommen. Beim „Tarifischen“ gab Kollege Sparman in Magdeburg die Wünsche der Preispaale für die bevorstehenden wirtschaflichen Verhandlungen bekannt. Diese Ausführungen fanden die ganze Aufmerksamkeit der Versammlung und lösten eine ergebnisreiche Debatte aus. Man war sich darin einig, daß man endlich damit aufhören müsse, den Preispaalen immer noch weitere Kompositionen zu machen. Sodann wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. An Stelle des Kollegen Winter, der wegen Inaktivität sein Amt niederlegte, wurde Kollege Richter einstimmig als Vorsitzender der Gauvereinigung gewählt. Rastner wurde wieder der langjährige bewährte Karl Fehring. Kollege Marsch (Halle) sprach dann Kollegen Winter nochmals den Dank der Gauvereinigung für seine langjährige Treue aus und gedachte auch des Kollegen Ernst Köster (Halle), der ebenfalls lange Jahre hindurch mit großer Opferfreudigkeit die Geschäfte des Rastners des Bezirks Halle versehen hat und nun auch in den Ruhestand getreten ist. Als Ort der nächstjährigen Generalversammlung wurde Dessau gewählt. — Aus Anlaß der Maschinenfertigung hielten auch sämtliche anderen Sparten des Gewerbes im gleichen Saal und zu gleicher Stunde Sonderversammlungen ab, so daß die ganze große Buchdruckerfamilie einig beieinander war. In einem Nebenraum war eine Ausstellung aufgebaut. Die Sechsmaschinenfabrik Merzentaler, Intertype und Typograph hatten dazu Material gefandt; durch ihre Vertreter wurden die notwendigen Erläuterungen zu den einzelnen Objekten gegeben. Auch an dieser Stelle lagen wir für das Entgegenkommen der Sechsmaschinenfabrik unsern besten Dank. Die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker hatte Platten, Matrern, Bleichmittel usw. ausgestellt, während die Ortsgruppe Magdeburg des Bildungsverbandes mit interessanten Drucksachen aufwartete. Die Bildergilde Gutenberg hatte ihre besten Erzeugnisse ausgestellt. Die Ausstellung fand viel Beachtung und wurde von allen Besuchern freudig begrüßt. Eine gemeinsame Mittagstafel im großen Saal vereinte dann alle Sparten, bis um 3 Uhr nachmittags die eigentliche feierliche Veranstaltung begann. Nach einigen Musikstücken einer ausgezeichneten Kapelle sprach Kollege Karl König einen vom Kollegen Walter Schmidt verfaßten Prolog, der durch die musikalische Untermauerung des Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ eine passende Wirkung erzielte. Gauvorsteher König hieß dann alle Erschienenen herzlich willkommen und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es gelungen sei, alle Kollegen wieder einmal so einig unter einem Dach zu finden. Das möge ein gutes Omen für die Zukunft sein. Als Vertreter des DDB sprach Kollege Steimann, er forderte gleichfalls zur Einigkeit auf. Der „Graphische Gewandverein“ brachte dann die Chöre „Heil Gutenberg“, „Lied der Bergarbeiter“ und „Lied der Baumwollspinnerei“ mit Sazbegleitung zu Gehör. Namentlich die beiden letzten Lieder fanden ihrer Neuartigkeit wegen ganz besonderen Anklang. Nun folgte das Berliner Uff-Trio, das mit Spannung erwartet wurde. Der gute Ruf wurde nicht nur bestätigt, sondern sogar noch übertrieben. Die sein vortretenden Gesänge und Einzelvorträge fanden so lebhaften Beifall, daß das Trio sich immer wieder zeigen mußte. Es ist nicht zuviel gesagt, das Trio hat die zahlreicheren Zuhörer so zu begeistern verstanden, daß noch lange von ihm die Rede sein wird. Zur Abwechslung trat dann Fräulein Elli Fried von den Städtischen Bühnen Magdeburgs als Längerin auf. Auch sie erntete mit ihren anmutigen und vollendeten Tönen reichlichen Beifall. Nachdem der „Graphische Gewandverein“ noch einige Chöre wirkungsvoll zu Gehör gebracht hatte, trat der Tanz in seine Rechte und hielt ein frohes Buchdruckerdörschen noch lange beisammen. Diese Gesamtveranstaltung kann als sehr gelungen bezeichnet werden. Sie hat sicherlich dazu beigetragen, die Geschlossenheit aller Sparten miteinander zu fördern, was sich zum Wohl der Gesamtorganisation auswirken muß.

Magdeburg. (Stereotypen und Galvanoplastiker.) Am 18. September fand hier die diesjährige Versammlung unrer Gauvereinigung statt. Vorsitzender Müller begrüßte alle Anwesenden aufs herzlichste. Insbesondere den Vertreter des Gauvorstandes, Kollegen Eichler, den Ortsvereinsvorsitzenden Kollegen Widel und die Vertreter der einzelnen Sparten. Erschienen waren Mitglieder aus Magdeburg (24), Burg (1), Wittenberg (9), Dessau (2), Halle (11), Köthen (5), Nordhausen (1), Stendal (3). Nach den Begrüßungsansprachen gedachte die Versammlung der verstorbenen Kollegen. Dann machte Kollege Eichler Ausführungen über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Von einem ausführlichen Geschäftsbericht glaubte Kollege Witter abzusehen zu können, weil ja jedem Mitglied der Jahresbericht angeheftet worden ist, lediglich einige Ergänzungen machten sich notwendig. Unter anderem die Mitteilung von der Gründung einer Ortsgruppe Nordhausen. Bisher haben sich neun Kollegen dieser Ortsgruppe angeschlossen. Kollege Matthes gab den Rassenbericht, der den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend als befriedigend zu bezeichnen war. Die Berichte der einzelnen Ortsgruppen ergaben fast alle das gleiche Bild: Arbeitslosigkeit bis zu 50 Proz., Kurzarbeit, Kürzung der Leistungszulagen. Es ist wohl nicht verwunderlich, daß unter solchen Umständen auch ein Antrag auf Beitragsheraufhebung eingereicht wurde. Im Interesse unrer Sparte ist es jedoch zu begrüßen, daß dieser Antrag abgelehnt wurde. Unter Punkt „Technisches“ wurde besonders rege diskutiert über die von der Halberstädter Matrernfabrik neu herausgebrachte Silvertorn-Water. Es hat sich gezeigt, daß dieser recht viele Kollegen unres Gauwes die Water verschonen. Allgemein bedauert man deshalb, daß ein Vertreter der genannten Firma nicht anwesend war, um zu den angeschnittenen Fragen Stellung zu nehmen. Über die tariflichen Verhältnisse in den Druckereien, besonders des „Magdeburger Tageblattes“ (Nazis-Zeitung), entspann sich eine lebhafteste Debatte. Zum Schluß der Versammlung forderte der Vorsitzende alle Anwesenden auf, genau so unerschütterlich wie bisher zusammenzuhalten, um gemeinsam das bisher Erreungene zu erhalten und Verlorene wieder zu gewinnen. Am die Versammlung schlossen sich eine gemeinsame Mittagstafel und die Feier des 30jährigen Bestehens der Maschinenvereinerung. Allen Teilnehmern wird das schöne Buchdruckerfest stets in Erinnerung

bleiben. Unre nächste Gauvereinigungsversammlung soll in Dessau stattfinden.

Mühlhausen i. Thür. Am 18. September fand in Langensalza unre zweite diesjährige Bezirksversammlung in einem Saal, die von 222 Kollegen besucht war. Einleitend erkrankte der Mühlhäuser Kollegenverein „Typographia“ die Versammlung durch ein einbreitend zu Gehör gebrachtes Freiheitslied. In seinen Begrüßungsworten gab Bezirksvorsitzender Trapp seiner Freude Ausdruck über das zahlreiche Erscheinen der Kollegen. Vom Gauvorstand war Kollege Wislaug (Weimar) anwesend. Nachdem die Rechnungsberichte des letzten Halbjahrs vom Kollegen Wdmann zur Kenntnis gebracht waren, referierte Kollege Wislaug über das Thema „Gegenwärtiges aus Politik und Wirtschaft“. In schonungsloser Weise nahm er zur Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft Stellung und zeigte an Hand von Beispielen und Beweisen, wie die Wirtschaft vom Kapital mißbraucht wird. Nach einer kritischen Beleuchtung der letzten Notverordnung schloß er mit den Worten: „Freiheit“ der deutschen Arbeiterschaft, „Freiheit“ den Gewerkschaften! Die anschließende Debatte nahm einen erregten Verlauf, zeigte aber, daß die Kollegen mit regem Interesse dem Verlauf der Darlegungen gefolgt waren. Im Schlußwort wies Kollege Wislaug einige Anfeindungen eines Kollegen mit scharfen Worten zurück. Eine Mühlhäuser Erwerbslosenversammlung brachte einen Antrag ein betreffs Antragsverbot und Entfesselung. Nach eingehender Aussprache wurde dieser Antrag dem Gauvorstand überwiesen. Zum Schluß wurde über die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe an die arbeitslosen Kollegen verhandelt. Es zeigte sich, daß das Solidaritätsgefühl innerhalb der Buchdrucker noch in seiner alten Stärke vorhanden ist. Es wurde einstimmig beschloßen, die arbeitslosen Kollegen auch in diesem Jahre tatkräftig zu unterstützen. Damit fand die ausgedehnte Versammlung ihr Ende.

Reichenbach-Mylau-Nieskhan. Unre sehr gut besuchte Versammlung in Langensalza am 17. September war von einem einmütigen Kampfeswillen befeuert. Kollege Ludwig Sacke (Blauen i. W.) hielt ein ausgezeichnetes Referat über den Umbau der Wirtschaft — wie ist er zu verwirklichen? Seine Ausführungen gipfelten in dem Bekenntnis der Treue zur Gewerkschaft, der Solidarität der Arbeiterklasse untereinander und im geschlossenen Zusammenhalten der Beifolken und Enttrotzten, denn nur dann werde es möglich sein, im Gegensatz zum Papenishen Wirtschaftsprogramme, die sozialistische Planwirtschaft aufzubauen zu können. Nach starker Beifallsbegeugung folgte eine sachlich geführte Diskussion ein. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgende Entschlieung eingereicht, die zwecks Weiterleitung an den Verbandsvorstand einstimmig angenommen wurde: „Die am 17. September in Mylau tagende gut besuchte Wanderversammlung fordert vom Verbandsvorstand die Anwendung der schärfsten Kampfmittel gegen die drohende Vernichtung des Tarifrechts und der Sozialgesetzgebung. Nur die Schaffung eines Kampfbundes sämtlicher Arbeiterorganisationen kann die deutsche Arbeiterklasse vor dem Untergang in die Barbarei retten! Die Versammlung fordert deshalb den Verbandsvorstand auf, ehe es zu spät ist, sofort an den DDB, an die SPD, die KPD, und die SWP heranzutreten, um diese gefährlichsten Arbeiterorganisationen zur proletarischen Einheitsfront zusammenzufassen. Der faschistische Terror, der zu Unrecht erfolglos, nur gegen die Arbeiterklasse gerichtete Schandurteile, wie überhaupt die gesamte kapitalistische Gesellschaftsordnung, bedrohen alle Klassenbewußten Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der Partei!“ Unter „Verständlichem“ wurde die starke Inanspruchnahme der Ortsliste durch die Durchreisenden geteilt; es muß deshalb in Zukunft etwas gebremst werden. Kritik löste ferner der Beschluß des Verbandsvorstandes, daß die bloße Zugehörigkeit zur NSDAP keine Grund zum Ausschluß bedingt, hervor. Bei einer Firma sind zwei Maschinenleger dem verdammenswerten Egoismus eigener Kollegen einerseits und dem unheilvollen Materialdienst andererseits zum Opfer gefallen. Das unkollegiale Verhalten jener „Auch-Kollegen“, die selbst in dieser Situation sich noch glauben als Maulwürfe im eigenen Lager betätigen zu müssen, wurde aufs schärfste geteilt. Der Versammlung war es beschieden, durch ihren Vorsitzenden einen Jubilar, Kollegen Paul Fink (Mylau), für die 25 Jahre dem Verband gehaltene Treue beglückwünschen zu können und ihm die silberne Verbandsnadel zu überreichen. Der Vorsitzende ermahnte die jüngeren Kollegen, sich dieses freudige Ereignis als Ansporn und leuchtendes Vorbild dienen zu lassen.

Wiesbaden. Unre nach zweimonatigem Paustern am 19. September erstmalig wieder abgehaltene Versammlung hatte sich nicht des Belusts zu erfreuen, wie es in Anbetracht der aktuellen Tagesordnung wünschenswert gewesen wäre. Vorsitzender W. Schäfer ehrte das Andenken zweier verstorbenen Kollegen und verlas einige Eingänge. Ein Kollege wurde einstimmig ausgeschlossen, da er außerberuflich tätig ist, es aber nicht für nötig hielt, dies mitzuteilen und Beiträge zu entrichten. Nachdem Kollege Müller über den Ortstagenbericht vom zweiten Quartal gegeben hatte, wofür ihm einstimmig Entlastung erteilt wurde, referierte Kollege Fock über das Thema „Sozialreaktion und Arbeiterschaft“. Er führte u. a. etwa folgendes aus: Das Ziel der freigewerkschaftlichen Arbeiter im Jahr 1918 war, aus der jungen deutschen Republik eine soziale Republik zu machen und nicht eine Selbstrepublik nach französischem Muster. Der Grundstein hierzu wurde im Jahr 1919 in Weimar gelegt. Schöne Erfolge sind in den folgenden Jahren erzielt worden; bis es der Reaktion gelang, die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bei der Gestaltung der Sozialgesetzgebung auszuschalten. Von diesem Tag an ging es mit den Renten- und Unterstützungssätzen abwärts, weil seit Schaffung der Sozialversicherung nur die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft für den Ausbau und die Erhaltung einsetzten. Die Regierung Bildung hat sich mit ziemlich rigorosen Maßnahmen auf diesem Gebiet eingeführt, aber den Inaktivenkapitalisten was das alles noch nicht genügt. Da mußte erst ein Herr v. Papen kommen, der ihre Wünsche einigermaßen erfüllte. Er ist der Vater der Legende vom „Wohlfahrtsstaat“. Das Ziel dieses Reaktionärs und seiner Trabanten ist: Droßelung der Sozialausgaben auf den

deutsche Arbeiterschaft in grenzenloses Elend geraten. Die soziale Fürsorge für Hilfsbedürftige ist im neuen Deutschland eine Selbstverständlichkeit. Im alten Staat kannte man nur die Armenunterstützung, und der Empfänger dieses Almosen verlor zugleich sein Wahlrecht. Im Jahr 1913 wurden für die Krankenversicherung 582 Mill. M., 1920 2150 Mill. M. ausgegeben, 1913 betrug der Aufwand für die Invalidenversicherung 290 Mill. M., 1920 1002 Millionen Mark. Der gesamte Sozialaufwand des Kaiserreichs belief sich im Jahr 1913 auf 1371,2 Mill. M., 1920 der Sozialaufwand der Republik auf 7368,5 Mill. M. In ganz Deutschland wurde vor dem Krieg für Armenunterstützung jährlich der gleiche Betrag gezahlt, den im Jahr 1929 an Wohlfahrtsunterstützung allein die Stadt Berlin zahlte. Daß dieser ungeheure Aufschwung in der Nachkriegszeit nicht auf die Initiative des Staates erfolgt ist, hat selbst der Herr Reichsarbeitsminister Schäffer auf der Tagung der christlichen Gewerkschaften zugegeben, indem er sagte: „Bei der Erringung der Freiheit des Arbeiterstandes und der Schöpfung des deutschen sozialen Rechtes kam der Staat nicht immer von Staat her, sondern sehr oft auch von unten, von den Gewerkschaften der Arbeiter und Angehörten.“ Der Referent ging noch sehr ausführlich auf die Verhältnisse der Wiesbadener Christenkirche ein. Man solle den Klägern, die immer so laut von den „Luzubauten“ und den Verwaltungskosten der Krankenkassen reden, in die Ohren schreien, daß das Wiesbadener Krankentagengebäude noch kein Braunes Haus in einer Provinzstadt abgeben könne, und daß die Verwaltungskosten nur 5 Proz. betragen würden. Zum Schluß erwähnte Kollege Fock die Kollegen zur verstärkten Aktivität. Es dürfte auch im neuen Wahlkampf keine Ermüdung eintreten, nur dann sei uns der Sieg sicher. Mit dem Kampfruf „Freiheit“, in den die Versammlung spontan einstimmte, schloß er seine impulsive Rede. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht. Kollege Schäffer berichtete noch in großen Zügen über die Aussprache und das Ergebnis der Gewerkschaftsfunktionärskonferenz in Frankfurt a. M. am 18. September und streifte die Lage auf dem Tarifgebiet im Hilfsarbeiterverband.

Allgemeine Rundschau

Schzigster Geburtstag. Am 12. Oktober d. J. vollendet unser Kollege Hugo König in Halle, der langjährige Vorsteher des Gauwes in der Saale, sein 60. Lebensjahr. Das ist gewiß kein persönliches Verdienst, das eine besondere Würdigung rechtfertigen würde. Was uns jedoch veranlaßt, an dieser Stelle davon Notiz zu nehmen, ist in der Tatsache begründet, daß es sich um einen Kollegen handelt, der Jahrzehnte hindurch bei der Vertretung von Geselleninteressen in der vorbersten Kämpferreihe gestanden hat und heute noch steht. Seit dem 1. Juli 1900 vertritt Kollege König das Gauvorsteheramt und vorher war er als Gesellenvertreter verlässliche Jahre tätig. Welche Inanspruchnahme von Arbeit und Nervenkraft eine solche Zeitspanne erfordert und einschließt, das vermag derjenige am besten zu beurteilen, der auf ähnlichem Posten seine Kräfte der Arbeiterbewegung zur Verfügung stellt. Unter solchen Umständen kann es immerhin als glückliche Schicksalsfügung betrachtet werden, wenn ein Schzigjähriger so wie Kollege König in voller geistiger und körperlicher Frische, temperamentvoller als mancher Jüngere, noch seinen Mann zu stellen vermag. Betragen von alleseitigem Vertrauen seiner Gaumitglieder, ist „Hugo“ gewohnt, „aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen“. Von „Kakazien“ ist er kein Freund, alles wird vielmehr nüchtern betrachtet. In Ernst und Scharf hat er Wort und Tat am Bügel. Möge es dem allbekannten Grafen an der Saale gelingen sein, mit gleichem Willkieser wie bisher so auch fernerhin am Ausbau des Verbandes der Deutschen Buchdrucker getreulich mitzuwirken, zur Erhaltung eines menschenwürdigen Daseins seiner Mitglieber. In diesem Sinne unserm Freund Hugo König die besten Glückwünsche und Grüße zum schzigsten Geburtstag!

Ausstellung von Arbeiten aus Erwerbsloshäusern in Wuppertal. Unter der Devise „Jugend in Not“ findet vom 8. bis 16. Oktober im Lohmannhaus in W.-Eberfeld, Hofe 51, eine Ausstellung, „Das junge Wuppertal“ statt. Sie ist täglich von 11 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends zu besichtigen. Es sei hier deshalb auf diese Ausstellung besonders hingewiesen, weil der Rufus erwerbsloser Buchdrucker an der Berufsschule Barmen mit Kurzarbeitern an dieser Ausstellung beteiligt ist.

Vom Zeitungstriefshaupt. Am 6. Oktober besetzte in Bremen ein starkes Aufgebot von Polizei die Druckerei der dortigen kommunistischen „Arbeiterzeitung“. Auf Grund eines beim Reichsgericht anhängigen Strafverfahrens gegen den verantwortlichen Schriftleiter wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden die Setz- und Druckmaschinen mit allem Zubehör beschlagnahmt und verpackt. Außerdem ist gashreches Druck- und Schriftmaterial beschlagnahmt worden. — Vor dem vierten Straßent des Reichsgerichts hatte sich am 7. Oktober ein Erfurter Maschinenereifollege zu verantworten, der im Zusammenhang mit einer im September 1930 unter Erfurter Polizeibeamten veranfaßten kommunistischen Ferkungsaktion mit Hilfe der illegalen Druckerei „Der Politische Kampf“ verfaßt worden war. Im Hand des gesamten Beweismaterials hielt der erkennende Senat für erwiesen, daß der Angeklagte an zentraler Stelle in Erfurt befreht gewesen sei, den verbotenen Rotfrontbund fortzuführen. Sieren wurde mit Rücksicht auf die langjährige Mitgliedschaft und die engen Beziehungen des Angeklagten zur KPD, zugleich eine Unterfückung des innerhalb der Partei bestehenden und die Ferkung der staalkichen Machtmittel erwerbenden staatsfeindlichen Funktionärsorgans erblickt. Das Urteil lautete wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinisch mit Vergehen gegen §§ 4 und 11 des Republikstrafgesetzes auf 1 Jahr 6 Monate Festung. — Von der neugegründeten „Deutschen Sozialen Arbeiterpartei“ wird in Breslau eine neue Wochenchrift unter dem Titel „Sozialistische“ herausgegeben, die als Organ der ersten aktiven Kommunisten bezeichnet wird.

Begrüßungserfolge der Weizsiger Buchbinderearbeiter. Wir berichteten in voriger Nummer von der entschlossenen Abwehr eines drohenden Tariflohnabwases durch die gesamte Belegschaft der Großbuchbinderei

